

**Rechtsanwälte
Sander & Sander, Bad Tölz
Hinweise und Vereinbarungen zum Mandat**

(Zutreffendes ist angekreuzt)

in Sachen

wegen

☒ I. Allgemein

Wir können Sie nur über die Rechtslage informieren und Ihnen darlegen, welche rechtlichen und anderen Folgen eine bestimmte Verhaltensweise hat. Die Entscheidung, was Sie dann tun oder lassen, aber liegt bei Ihnen. Unsere Ratschläge können wir Ihnen selbstverständlich nur im Rahmen der geltenden Rechtsordnung geben.

Dem Auftraggeber ist bekannt, dass die folgenden Vereinbarungen von der gesetzlichen Regelung abweichen. Der Auftraggeber bestätigt, von diesen Hinweisen und Vereinbarungen eine Abschrift erhalten zu haben.

☐ II. Arbeitsrecht

Im Arbeitsgerichtsprozess erster Instanz trägt jede Partei ihren Zeitaufwand, Reise- und Anwaltskosten selbst, unabhängig davon, wie der Rechtsstreit endet, § 12a ArbGG. Entsprechendes gilt für die außergerichtliche Rechtsverfolgung in Arbeitssachen.

☐ III. Rechtsschutzversicherung

Falls Sie rechtsschutzversichert sind, geben Sie bitte die Versicherungsgesellschaft und die Versicherungsscheinnummer bekannt (Kopie der Police oder einer aktuellen Prämienrechnung genügt). Sie werden hiermit darauf hingewiesen, dass eine vereinbarte Vergütung (Ziffer V.-VII.) vom Rechtsschutzversicherer möglicherweise nicht oder nicht in voller Höhe übernommen wird. Dasselbe gilt für anfallende Kopier- und Reisekosten. Eine eventuelle Auseinandersetzung mit der Versicherung um die Deckungszusage ist nicht von dem jeweiligen Mandat mitumfasst, sondern ein gesonderter Auftrag. Sollten nicht Sie, sondern wir die Deckungszusage einholen, müssen wir diese Tätigkeit gesondert abrechnen. Kulanzhalber ist für Sie ein erstes Schreiben an die Rechtsschutzversicherung zur Erteilung der Deckungszusage kostenfrei.

☐ IV. Beratungs- und Verfahrenskostenhilfe

Bei sehr geringem Einkommen können Sie für die außergerichtliche Beratung bei dem für Ihren Wohnort zuständigen Amtsgericht einen Berechtigungsschein für Beratungshilfe erhalten, den Sie uns dann bei der Erstberatung vorlegen müssen. Sie leisten dann nur noch eine Zuzahlung von EUR 15,00 aus eigenen Mitteln. Für ein gerichtliches Verfahren können Sie bei sehr geringem Einkommen Verfahrenskostenhilfe beantragen. Hierfür können Sie bei uns das Formular „Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse“ erhalten, das Sie dann ausgefüllt und unterschrieben mit den erforderlichen Belegen (Gehaltsnachweis, Sozialleistungsbescheid, Mietvertrag, Kontoauszüge der letzten drei Monate, Unterlagen über eventuelle Verbindlichkeiten) an uns zurück geben müssen. Die Bewilligung der Verfahrenskostenhilfe setzt darüber hinaus die Bejahung „hinreichender Erfolgsaussichten“ für Ihre Klage durch das Gericht voraus. Im Zivilverfahren, in denen Sie ohne Verfahrenskostenhilfe als Kläger (anders als im Arbeitsgerichtsverfahren) stets einen Gerichtskostenvorschuss bezahlen müssen, verzögert sich durch das dort vorgeschaltete Verfahrenskostenhilfebewilligungsverfahren regelmäßig der Prozess.

Die Verfahrenskostenhilfebewilligung entlastet Sie nur vorläufig von den Anwalts- und Gerichtskosten. Zum Einen kann Ihnen unter Umständen Verfahrenskostenhilfe nur mit Ratenzahlung bewilligt werden, zum Anderen befragt das Gericht nach Ende des Prozesses regelmäßig im Abstand von einigen Monaten (bis zu 4 Jahren nach rechtskräftiger Entscheidung oder sonstiger Beendigung des Verfahrens) wieder nach Ihren persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Falls sich diese mittlerweile verbessert haben sollten, müssen Sie dann mit ratenweiser Rückzahlung der von der Staatskasse verauslagten Kosten rechnen. Nicht von der Staatskasse zu erstattende Auslagen, Kopier- und Reisekosten tragen Sie in gesetzlicher Höhe (Nr. 7000 ff. RVG) nach Anfall.

b.w.

☐ V. Honorar nach den Vorschriften des RVG (auch Hinweis nach § 49b Absatz 5 BRAO)

Sofern Sie mit uns kein Zeit- oder Festhonorar (Ziffer VI. oder VII.) vereinbart haben, richtet sich die von Ihnen für unsere Tätigkeit zu zahlende Vergütung nach den Vorschriften des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG). Hier errechnen sich die Gebühren nach dem Gegenstandswert. Für die ausschließlich außergerichtliche Beratung in dieser Sache vereinbaren wir hiermit mit Ihnen gemäß § 34 Absatz 1 RVG eine Gebühr gemäß § 13 RVG zuzüglich Auslagen und Mehrwertsteuer aus dem Gegenstandswert der Beratung. Eine Anrechnung dieser Gebühr auf die in einer eventuell nachfolgenden Angelegenheit entstehenden gesetzlichen Gebühren oder eine vereinbarte Vergütung wird ausgeschlossen. Diese vereinbarte Vergütung erfasst nur die Beratung als Solche. Im Übrigen bleiben die gesetzlichen Gebühren- und Auslagentatbestände des RVG unberührt. Im Falle eines (außer)gerichtlichen Tätigwerdens nach außen, einer Einigung, Erledigung oder Auslöschung können daher weitere Gebühren anfallen. Auch die gesetzliche Auslagen einschließlich der Mehrwertsteuer richten sich weiterhin nach den gesetzlichen Vorschriften des RVG. Wir sind berechtigt, jederzeit angemessene Vorschüsse zu verlangen.

☐ Für die vorliegende Angelegenheit wird ein Gegenstandswert von
EUR fest vereinbart.

☐ Eine Begrenzung der Erstberatungsgebühr nach oben auf EUR 190,00 nach
§ 34 RVG findet nicht statt.

☐ VI. Zeithonorar

Hiermit vereinbaren wir für die vorliegende Angelegenheit abweichend von den gesetzlichen Vorschriften des RVG eine Vergütung in Höhe von EUR 150,00 je Stunde. Die Arbeitszeiten werden von uns über EDV auf einem Tätigkeitsblatt erfasst. Aufenthaltsermittlungs-, Telekommunikations-, Schreib- und Kopierauslagen, Reisekosten etc. sind weiterhin nach den RVG abzurechnen bzw. werden direkt vom Mandanten übernommen. Das Zeithonorar und die jeweiligen Kosten erhöhen sich um die gesetzliche Mehrwertsteuer.

☐ VII. Festhonorar

Sie zahlen an uns anstelle der gesetzlichen Gebühren:

☐ als Vorschuss
☐ zusätzlich zu bereits geleisteten Zahlungen
☐ abschließend
☐ insgesamt
☐ als weiteren Teilbetrag für die bisherige Tätigkeit
☐ den aus der nachgehenden Aufstellung vom ersichtlichen Betrag von

insgesamt EUR

☐ VIII. Fälligkeit

Das Honorar ist sofort fällig und bis zum an uns zu bezahlen. Wird ein eingeräumter Zahlungstermin mehr als eine Woche überschritten, wird der gesamte Betrag mit einem Zinssatz von 5 % über dem Basiszins der Europäischen Zentralbank verzinst.

Bad Tölz, den

RA(in) Sander

Auftraggeber